

Schriftliche Anfrage betreffend Daten zu den Gesundheitskosten aufgrund der Diskriminierung von LGBTI-Personen am Arbeitsplatz und in der Schule

22.5017.01

Internationale Studien sowie einzelne Untersuchungen aus der Schweiz legen nahe, dass im Bereich Arbeitsplatz und Schule im Hinblick auf sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck Handlungsbedarf besteht. Diese Studien weisen unter anderem nach, dass Diskriminierung und Stigmatisierung (Mobbing) mit einer erhöhten Anfälligkeit für Sucht, Depressionen und Suizid in Verbindung stehen.¹ Medienberichten zufolge ist der Regierung bekannt, dass die Suizid-Rate von LGBTI-Jugendlichen fünfmal höher ist als bei Jugendlichen, die hinsichtlich der Geschlechtskongruenz und der sexuellen Orientierung der Mehrheitsgesellschaft entsprechen.² Hinter der Mehrheit der Suizide steht eine längere persönliche Leidens- und Lebensgeschichte. Denn nur ein kleiner Teil der Menschen mit Suizidgedanken setzen diese auch um. Gemäss dem Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes (21.1475) vom 3. November 2021 nimmt Basel-Stadt im Bereich der Psychiatrie schweizweit eine Spitzenposition ein, was einer im Vergleich hohen Inanspruchnahme psychiatrischer Leistungen in Basel-Stadt entspricht. Abgesehen von solchen Einzelindikatoren ist es allerdings schwierig, sich mit Daten einen Überblick über diese Situation zu geben.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, wie hoch die Gesundheitskosten für die Behandlung von psychischen Erkrankungen sowie der daraus verursachten Arbeitsausfälle sind, die auf Mobbing und Diskriminierung an Schulen und am Arbeitsplatz im Kanton Basel-Stadt zurückzuführen sind?
2. Welcher Anteil dieser Gesundheitskosten ist auf Diskriminierung und Stigmatisierung aufgrund der Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck, Geschlechtsmerkmale und der sexuellen Orientierung zurückzuführen? Wie hoch belaufen sich die Kosten?
3. Beabsichtigt der Regierungsrat mit der Einführung des neuen Gleichstellungsgesetzes Mobbing und Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck, Geschlechtsmerkmale sowie der sexuellen Orientierung an Schulen und am Arbeitsplatz entgegen zu wirken? Mit welchen Massnahmen?

¹ Hicks, G. R., Tien-Tsung, L. (2006): Public Attitudes towards Gays and Lesbians. Trends and Predictions. Journal of Homosexuality, Bd. 51, Nr.2, 57-77.; Lhamon, C. (2019): Discrimination on the basis of gender identity must end. Nature, Nature human behavior, Bd. 3, 1131: [<https://www.nature.com/articles/s41562-019-0692-5>]; Schneeberger, A., Rauchfleisch, U., Battegay, R. (2002): Psychosomatic consequences and phenomena of discrimination at work against people with homosexual orientation. Schweiz Arch Neurol Psychiatr, Bd. 153, 137-43.

² <https://telebasel.ch/2021/08/18/basel-stadt-weitet-gleichstellungsauftrag-auf-lgbti-aus>

³ <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/aktionsplan-suizidpraevention/suizide-und-suizidversuche/wie-es-zu-suiziden-kommt.html>

Johannes Sieber